Vor sieben Jahren also hatten die Großdeutschen wegen des „Lowidl-Vertrages" wie sie ihn nannten, einen leidenschaftlichen Kampf gegen diesen Mann geführt. Heute mußten sie ihn notgedrungen zu ihrem Vertrauensmann nehmen, weil ein mit sozialdemokratischer Hilfe gewählter großdeutscher Bundespräsident an sich schon eine Unmöglichkeit gewesen wäre und weil er den sofortigen Zerfall der Koalition zur Folge gehabt hätte.

Aber das Intrigenspiel war damit noch lange nicht zu Ende. Die Christlichsozialen hatten bereits frohlockend verkünden lassen, daß es ihnen gar nicht einmal so unerwünscht sein könnte, wenn man innerhalb der Mehrheitsparteien zu keiner Vereinbarung gelangte. Denn nach den Bestimmungen der Verfassung müßten dann in einem solchen Falle die Funktionen des Bundespräsidenten auf den Bundeskanzler übergehen und Dr. Seipel hätte so, wenigstens für einige Zeit, beide Würden in seiner Hand vereinigen können. Die Großdeutschen und die Landbündler wollten nicht nachgeben und glaubten den Schlüssel zu der verworrenen politischen Situation fest in ihrer Hand zu halten. Die Christlichsozialen lehnten jede Konzession ab, denn sie konnten ja schließlich warten und hatten nichts zu verlieren. Die Sozialdemokraten aber waren zuletzt die geschickteren Taktiker. Sie gaben im dritten Wahlgang leere Stimmzettel ab und ermöglichten so, daß Wilhelm Miklas nur mit den Stimmen seiner eigenen Parteigenossen und gegen den Willen seiner großdeutschen und landbündlerischen Koalitionsfreunde zum Bundespräsidenten der österreichischen Republik gewählt wurde.

Es ist klar, daß damit in der bürgerlichen Koalition des Nationalrates und der Regierung ein Riß entstanden ist, den man nie wieder wird verkleistern können. Und das war schließlich die Absicht der sozialdemokratischen Opposition, der die Mehrheitsparteien so blind auf den Leim gegangen sind. Die Sozialdemokraten wollen Neuwahlen, weil sie sich damit im heutigen Augenblick noch einen Erfolg versprechen und weil sie glauben, daß der Kampf um den Mieterschutz ihnen eine gute Wahlparole geben würde. Sie würden bei diesen Wahlen um so erfolgreicher abschneiden, je uneiniger die bürgerlichen Parteien wären. Gelingt es ihnen, die sogenannte Einheitsfront zu sprengen, die schon bei den letzten Wahlen nur noch mit Mühe und Not zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen hergestellt werden konnte, so haben sie alle Aussicht, als stärkste Partei in den Nationalrat einzuziehen, denn auch heute verfügen die Christlichsozialen allein ja nur noch über zwei Mandate mehr als sie.

Die Regierungskoalition zeigt übrigens schon seit langem sehr bedenkliche Sprünge. Die Großdeutschen finden auf einmal, daß ihnen die allzu getreue Gefolgschaft mit den Christlichsozialen auch noch den letzten Rest an Wählern kosten könnte, und wenn diese Erkenntnis auch reichlich spät kommt, vielleicht zu spät, um den Bestand der Partei überhaupt noch retten zu können, so möchten sie jetzt doch gerne wenigstens nach außenhin wieder einmal so etwas wie ein politisches Eigenleben demonstrieren. Die Landbündler wieder machen den Christlichsozialen in den Dörfern alle Konkurrenz und scheren sich einen Teufel um einen politischen Burgfrieden, wie er innerhalb einer Koalition doch eigentlich bestehen sollte. Und Dr. Seipel schließlich nimmt heute weniger Rücksicht auf seine Koalitionsgenossen denn je zuvor und duldet keinen anderen Willen neben sich. Und zu alldem liegt auch noch etwas Kulturkampfstimmung in der Luft. Vor ein paar Tagen hat Dr. Seipel in Salzburg förmlich die Errichtung einer katholischen Universität proklamiert und achtundvierzig Stunden später revanchierten sich die Großdeutschen, indem sie gemeinsam mit den Sozialdemokraten und gegen die Stimmen der Christlichsozialen bei der Budgetberatung die endliche Reform des Eherechtes in Österreich verlangten . . .

Die innere Politik in Österreich geht heute trüben Tagen entgegen. Die Regierungskoalition steht vor dem völligen Zerfall, die Mehrheitsparteien sind ohne einheitliche Führung, der Nationalrat ist seit Wochen durch die sozialdemokratische Opposition lahmgelegt. Die Vorgänge bei der Wahl des Bundespräsidenten sind ein unerfreuliches Symptom der großen Krise, der die Donaurepublik unaufhaltsam entgegendrängt.

* * *

Der neue Bundespräsident Wilhelm Miklas steht im 56. Lebensjahr und war Gymnasialdirektor in Horn in Niederösterreich. Er hat seinen bürgerlichen Beruf freilich schon seit vielen Jahren nicht mehr aktiv ausgeübt, sondern ist seit 1907 nur noch politisch tätig. Damals, bei den ersten Wahlen im alten Österreich nach dem allgemeinen Wahlrecht, wurde er auf das christlichsoziale Programm in das Abgeordnetenhaus entsendet und gehörte gleichzeitig auch dem niederösterreichischen Landtag an. Als die Monarchie zerfiel, war Miklas schon in den Kreis der führenden Männer seiner Partei vorgerückt. Im Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung und später im Staatsrat war er oft der Sprecher seiner Fraktion und repräsentierte jedesmal mit starker Betonung deren rechten Flügel. Er gilt als sogenannter Klerikaler mit strengster Observanz und man sagt ihm sehr enge Beziehungen zu den höchsten kirchlichen Kreisen nach. Daß er selbst keine Gelegenheit versäumt, öffentlich seine tiefe Frömmigkeit im katholischen Sinne zu bezeigen, hat ihm aber auch der Gegner gewiß politisch nie zum Vorwurf machen können. Im ersten Kabinett Renner nach dem Umsturz war Miklas Unterstaatssekretär im Staatsamt für Kultus und Unterricht, und als Dr. Weißkirchner eine Wiederwahl in den Nationalrat ablehnte, wurde Miklas sein Nachfolger als erster Präsident des Nationalrates. In dieser Stellung wußte er auch der Opposition Achtung und Vertrauen abzuzwingen, jener Opposition, der er jetzt eigentlich sein neues Amt verdankt. Wobei freilich niemals vergessen werden darf, daß er von seiner Partei aus nur als der Platzhalter für Dr. Seipel vorgeschickt worden ist. In diesem Sinne ist seine Bundespräsidentschaft gewissermaßen auch nur ein Provisorium.

Seltsam übrigens, wie sich das Schicksal wandelt. Vor genau zehn Jahren hat Wilhelm Miklas im österreichischen Staatsrat bei der Beratung der ersten Verfassung den Antrag gestellt, in dem Artikel: „Österreich ist eine demokratische Republik" das Wort „Republik" durch das Wort „Monarchie" zu ersetzen. Er war so eigentlich der einzige, der noch am 11. November 1918 den Mut fand, sich freimütig zum alten habsburgischen Kaisertum zu bekennen. Vor zehn Jahren hat Miklas in einem Gegenantrag gegen die Verfassung die neue Republik abgelehnt. Ein Jahrzehnt später ist er jetzt ihr oberster Würdenträger . . .

Gedächtnisfeier für Brockdorff-Rantzau

Rede des Reichsministers Stresemann.

Berlin, 7. Dezember.

Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas veranstaltete gestern abend in den Räumen des Vereins Deutscher Ingenieure eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau. Nachdem das Deman-Quartett ein Andante von Schubert gespielt hatte, sprach Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott, der Präsident der Gesellschaft, einige Begrüßungsworte für die zahlreich erschienenen Trauergäste, unter denen man neben der Familie des Verstorbenen Graf Ernst Rantzau und Sohn und den Rednern der Feier, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Sowjetbotschafter Krestinski, u. a. Reichsminister Koch-Weser, Staatssekretär Meißner in Vertretung des Reichspräsidenten, Staatssekretär v. Schubert, Geheimrat Kastl und Prof. Dr. Hötzsch, Reichstagspräsident Löbe, den neuernannten Botschafter in Moskau v. Dirksen sowie verschiedene Mitglieder des Reichsrates und des Reichstages erblickte. Der Redner rühmte die Verdienste des Verstorbenen und die Pflege kultureller Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann betonte, daß es ihm eine Ehre, eine Pflicht und ein Bedürfnis sei, diesem führenden Staatsmanne des Deutschen Reiches Worte des Gedenkens zu widmen, dessen Tod eine nahezu unausfüllbare Lücke hinterlassen habe. Mit beredten Worten zeichnete der Minister den Weg, den der Verstorbene über Versailles bis nach Moskau gegangen sei. Er, Dr. Stresemann, lehne die Kritik ab, die von manchen Seiten an dem Verhalten des Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles geübt worden sei. Siegerhochmut und Ungehörigkeit habe er in einem stummen, aber berechtigten Protest zurückgewiesen, und das Wort, das Brockdorff-Rantzau damals gesprochen habe, „daß die Alleinschuld Deutschlands in seinem Munde eine Lüge wäre", sei treffend und angebracht gewesen. Eine heiße, sich verzehrende Liebe zum Vaterlande sei das Kennzeichen des Wirkens des Verstorbenen gewesen. Er habe sein Volk des letzten Kampfes, mindestens des letzten sittlichen Kampfes fähig gehalten.

„Auch in seiner diplomatischen Arbeit in Moskau", so führte der Minister weiter aus, „waren zwei Welten verbunden". Seine Tätigkeit in Moskau hat er stets als eine geschichtliche Mission aufgefaßt und sein ganzes Leben nur der Politik geweiht. In Tschitscherin fand er einen Gegenspieler, mit dem er bei Herausarbeitung der beiderseitigen Standpunkte Freundschaft zu entwickeln vermochte, die sich in herzlicher Form auch in Tschitscherins Kundgebung beim Tode des Grafen Brockdorff-Rantzau ausdrückte. Achtung für jeden, der von großen Gesichtspunkten aus auch andere Wege ging, als ihm selbst richtig erschien, war ein anderer Wesenszug des Verstorbenen. Die Befestigung der Freundschaft zwischen beiden Völkern wollen wir in seinem Sinne fortsetzen. Wissend, daß er sterben müsse, war sein letzter Gruß an das Oberhaupt des Deutschen Reiches und an den Vertreter der Außenpolitik der Sowjetunion gerichtet.

Den Dank des Auswärtigen Amtes und des deutschen Volkes seiner Tätigkeit aussprechend, wollen wir seiner geschichtlichen Mission stets gedenken, so schloß der Reichsaußenminister seine warmempfundenen Worte.

Nach ihm führte der Sowjetbotschafter Krestinski aus, daß die aufrichtigsten Sympathien auch unter den breitesten Massen Sowjetrußlands dem verstorbenen Grafen gewidmet gewesen seien, und warf die Frage auf, wie sich das gegenüber einem Vertreter der alten Aristokratie erkläre. Das wirtschaftliche Gemeinschaftsinteresse habe die Grundlage des Rapallovertrages gebildet. Daraus sei eine ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe für Brockdorff-Rantzau erwachsen, schwierig, weil er auf fremdem sozialen und politischen Boden mit einer großen Kunst der Unterscheidung zwischen Beiwerk und Wesentlichem eine große Linie zu immer festerer Zusammenarbeit in Europa einzuhalten wußte. „Seine feine Art, ohne Vernachlässigung deutscher Interessen dieser Zusammenarbeit einen freundschaftlichen Charakter zu verleihen, hat ihn uns teuer gemacht," so schloß der Botschafter, der dann den letzten Brief des Grafen Brockdorff-Rantzau an die Volkskommissare Tschitscherin und Litwinow vom 8. September verlas, in dem er gewissermaßen die Fortsetzung seiner Arbeit an der deutsch-russischen Verbindung als sein Testament hinterließ.

Das Abkommen zwischen Hamburg und Preußen.

Berlin, 7. Dezember.

In dem vorgestern unterzeichneten Abkommen bekunden die Regierungen der Länder Hamburg und Preußen die übereinstimmende Auffassung, daß einheitliche Entwicklung des hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebietes an der unteren Elbe notwendig ist und erklären ihre Bereitwilligkeit, die hierzu erforderlichen Maßnahmen in gemeinsamer Arbeit so zu treffen, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären. Zu diesem Zweck wird beschlossen, in erster Linie die Lösung der bestehenden Fragen auf dem Gebiete der Hafenwirtschaft, der Landesplanung und Siedlung, sowie der Verkehrsgestaltung in Angriff zu nehmen. Es wird die Bildung einer Hafengemeinschaft zur einheitlichen Verwaltung und Ausgestaltung des Hafengebietes von Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg und Altona vereinbart, in die beide Länder ihre Grundstücke, Beteiligungen und Bauanlagen mit allen Rechten und Pflichten in Anrechnung auf das Grundkapital einbringen. Beide Länder verpflichten sich, die etwa erforderlichen Zuschüsse in gleicher Höhe jährlich rechtzeitig zu leisten. In den Vorstand der Hafengemeinschaft entsenden beide Länder die gleiche Anzahl von Mitgliedern mit gleichen Rechten, ebenso in den Verwaltungsrat, dessen Vorsitzender, eine mit den Hamburger Verhältnissen vertraute Persönlichkeit, gemeinsam zur Wahl gestellt werden soll.

Industriebetriebe dürfen im Hafengemeinschaftsgebiet und im Hafenerweiterungsgebiet nicht gegen den Willen eines der beteiligten Länder angesiedelt werden. Beide Länder verpflichten sich, das Hafengeld nach gleichen Grundsätzen und in gleicher Höhe festzusetzen wie im Hamburger Hafen. Umschlags- und Lagergebühren sollen auf Vorschlag der Hafengemeinschaft festgesetzt sein. Ein Ausschuß aus Vertretern beider Länder wird eingesetzt, um über die zweckmäßigste Weiterentwicklung des Hafengebietes die einheitliche Verwaltung der Gemeinschaftshäfen und andere damit im Zusammenhang stehende Fragen Vorschläge zu machen. Bezüglich der Landesplanung kommen Hamburg und Preußen überein, für Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, Wilhelmsburg und das sonst in Frage kommende Gebiet eine einheitliche Planung zu schaffen, zu deren Ausarbeitung und fortlaufender Anpassung ein Landesplanungsausschuß eingesetzt wird. Die beiden Regierungen

Die Lateinschrift in der Türkei.

Den Mut Kemal Paschas bei der Einführung und Durchführung seiner Reformen hat man oft bewundert und wird das auch jetzt wieder bei der Ersetzung der arabischen Schrift durch die lateinische für die Türkei tun. Man wird unwillkürlich diesen Schritt vergleichen mit dem Streit um deutsche oder lateinische Schrift in Deutschland, um russische oder lateinische Schrift in Rußland und wo sonst noch besonders nationale Schriftzeichen mit der internationalen Lateinschrift um die Geltung ringen. Moderne Pädagogen betonen schon die starke Überlastung der Kinder, die durch das Erlernen von zweierlei Schriftzeichen nötig wird. Nationalistische Politiker verteidigen dagegen die besondere nationale Schrift als Hort und Träger eigener nationaler Kultur. Demgegenüber werden Verständigungspolitiker wieder gern darauf hinweisen, daß eine einheitliche internationale Schrift auch das gegenseitige Verstehen der Völker erleichtern werde. Sicher ist, daß es einem Engländer oder Franzosen unbequemer ist, deutsch gedruckte Bücher und deutsch geschriebene Briefe zu lesen, und daß in Deutschland eine russisch gedruckte Zeitung auf keinen Leser außerhalb der russischsprechenden Kreise rechnen kann. Nimmt ein Deutscher eine dänische oder schwedische Zeitung zur Hand, so wird ihm wenigstens bei der Verwandtschaft der Sprachen diese oder jene Notiz oder Bildunterschrift verständlich sein können. Die Kenntnis der lateinischen Schrift ermöglicht wenigstens die Lektüre, wie umgekehrt auch der Ausländer ein lateinisch gedrucktes deutsches Buch eher zur Hand nimmt, weil wenigstens die Schriftzeichen kein Hindernis bilden. Ohne Zweifel ist es gerade das Hauptmotiv Kemal Paschas, durch die Einführung der Lateinschrift die geistige Verbindung der Türkei mit den Völkern der abendländischen Kultur herzustellen. Aber der Schritt ist für ihn noch viel kühner, als es ein ähnlicher Schritt etwa der deutschen oder russischen Unterrichtsverwaltung sein würde, denn die türkische Kultur ist mit der arabischen Schrift noch ganz wesentlich enger verbunden als etwa russische oder deutsche Kultur mit den entsprechenden Schriftzeichen. Die Türkei löst sich mit der Lateinschrift gewissermaßen aus dem Zusammenhang der mohammedanischen Völker los; deren ganzen heiligen Schriften sind arabisch geschrieben, deren ganzen Kulturgüter in arabischen Schriftzeichen festgelegt. Die arabische Sprache ist mit dieser Schrift so verbunden, daß sie in lateinischen Buchstaben größtenteils gar nicht wiedergegeben werden kann. Die türkische Sprache wird sich also in Zukunft von der arabischen noch viel mehr loslösen als bisher. Die abendländische Kultur wird mit der Lateinschrift in Zusammenhang noch weiter uniformierend in der Türkei vordringen und hat gewissermaßen durch diese jüngste Reform Kemal Paschas den entscheidenden Sieg davongetragen. Die Türkei geht zu Europa über, die übrige mohammedanisch-arabische Welt wird sich um so schroffer von der modernen Türkei lösen. In der Türkei wird die alte selbständige Kultur bald nur noch Gegenstand historischer Forschung sein. Noch ist gar nicht abzusehen, was alles an Traditionen und Kulturwerten für die Türkei mit der Schriftänderung verlorengeht. Es ist viel, was Kemal Pascha in Kauf nimmt, um sein Land unter den alten europäischen Völkern einflußreicher und geachteter zu machen. Daß er letzteres erreichen wird, ist allerdings sicher. Die moderne internationale Welt bedarf nun einmal auch der internationalen Verständigungsmittel. Wenn dabei die Entwicklung vielfach über altertümliche Schönheiten hinweggeht, so wird das der Romantiker bedauern. Auch in der Welt der Technik ist für die Romantik wenig Raum. In diesem Sinne dürfte Kemal Pascha die Zeit richtig verstanden haben.

Eine neue Kraftquelle aus dem Wasser.

Eine wissenschaftliche Entdeckung von unabsehbarer Tragweite, deren Ausnutzung heute erst in den Anfängen steht, ist von den beiden Ingenieuren P. Hausmeister und J. E. Roegerath unabhängig voneinander und nach ihnen von dem Göttinger Universitätsprofessor Coehn gemacht worden. Es handelt sich dabei, wie E. Meier in „Reclams Universum" ausführt, um die Beobachtung, daß bei der Zersetzung des Wassers, die auf dem Wege der Elektrolyse eine bestimmte Kraft braucht, ein Druck entsteht, der mit seinem Fortschreiten einen immer geringeren Stromverbrauch bei der Zersetzung des Wassers erfordert. Da dieser Vorgang unsern bisherigen physikalischen Anschauungen völlig widerspricht, so bedurfte es vieler experimenteller Beweise, bis sich die Wissenschaft mit dieser Tatsache befreundete. Jetzt aber steht einwandfrei fest, daß bei der Elektrolyse des Wassers ohne jede Arbeit Druck bis zu 1865 Atmosphären erzeugt werden kann. Dieser ungeheure Druck stellt eine Form der Energie dar, die von den Entdeckern als Raumenergie bezeichnet wird. Das Wasser zieht sich ja entgegen allen physikalischen Prinzipien bei Abkühlung nur bis zu einem gewissen Grade zusammen, dehnt sich dann wieder aus und läßt sich auch nicht wie alle anderen Stoffe zusammenpressen, sondern setzt jedem Druck einen unüberwindlichen Widerstand entgegen. Mit dieser Eigenschaft mag auch die jetzt entdeckte Energie zusammenhängen. Genau erforscht ist sie noch nicht, indessen weiß man so viel von ihr, um sie praktisch verwerten zu können. Das geschieht bis jetzt bei der Schweißtechnik, die auf diese Weise billigen Wasserstoff und Sauerstoff erhält, und durch den Bau von Motoren, in denen der bei der Wasserelektrolyse kostenlos gewonnene Druck ausgenutzt wird. Mit einem Druck von 1865 Atmosphären kann man bisher im Großbetrieb nichts anfangen, denn es gibt noch kein Material, das diesen Druck aushalten könnte. Aus diesem Grunde müssen sich die ersten Maschinen, die die neue Raumenergie verwenden, mit verhältnismäßig geringer Leistung begnügen. Doch werden diese Maschinen immer mehr verbessert, und wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die noch ganz ungeahnte Möglichkeiten bietet.

„Schneewittchen."

Erstaufführung im Dresdner Schauspielhaus.

Die Gestalten des wahren Volksmärchens auf dem heimischen Erdreich des erzählenden Mythos auf den Bretterboden der Bühne verpflanzen zu wollen, ist immer ein heiles Beginnen. Sie nehmen dann, durch allerlei persönliche Auffassung und Formung hindurchgegangen, leicht harte, willkürhafte Konturen an: wo der lockere Humusboden und die zauberisch bewegliche Luft des Märchens sie in ihrer beglückenden Vieldeutigkeit belassen. Selbst ein Plus an eigenkräftiger Erfindung vermag solche Transponierung des zarten Gewächses in ein fremdes Medium nur bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen.

Emil Alfred Hermann, der Urheber dieser Bühnenbearbeitung des „Schneewittchens", hat seiner Vorlage aus Eigenem kaum etwas Nennenswertes hinzugefügt. Er geht mit ihr sehr pietätvoll um: und gerade dadurch unterstreicht er die fatale Differenz zwischen der urtümlich-epischen, natürlich-volkhaften Märchengestaltung bei den Brüdern Grimm und der Übertragung in die abgeleitete Kunstform des Dialogs und der Kulisse.

Die Rechnung aber, daß die aus dem Märchenbuch herausgetretene Figur das kindliche Interesse immer aufs höchste spannen wird, stimmt in jedem Falle. Und Regie, wie Darstellung, können der willkommenen Illusion naturgemäß allen erdenklichen Vorschub leisten. Georg Kiesau hat, im Verein mit Mahnke, Brandt und Fanto, anmutige Märchenbilder geschaffen und, stellenweise nicht ohne Glück, versucht, die Handlung ganz in Natur zu verweben. Hier eben wird aber der Inszenator, im Gegensatz zum Erzähler, beständig auf die Grenzen stoßen, die durch die Szene selbst gegeben sind. Dem Kindergemüt wird es schwerlich eingehen, daß die sieben Zwerge hinter dem lediglich angedeuteten Häuschen im Freien tafeln und schlafen. Das Kind ist, was diese simplen vegetativen Vorgänge betrifft, mit Recht Naturalist